

Weitere Informationen:
IFF [Franziska Sigrist](#)

von Einzelpersonen in den zwei Rechtssystemen: deren staatsrechtliche Stellung ist in China weitaus schwächer als in der Schweiz. Während staatsrechtliche Bestimmungen in China zuerst in spezifische Gesetze oder Verordnungen übersetzt werden müssen, um anwendbar zu sein, können sich Personen in der Schweiz auf die meisten Grundrechte, die in der Bundesverfassung verankert sind, direkt berufen. Workshop Beiträge und der vollständige Bericht sind auf der Internetseite des IFF einsehbar. Der Workshop wurde durch die Direktion für Zusammenarbeit und Zusammenarbeit finanziert.

17.01.2011

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [DEZA: Konfliktprävention und -transformation](#)
- [Jubiläumsveranstaltung UNO-Resolution „Frauen, Frieden, Sicherheit“](#)

Das Netzwerk Konflikt und Menschenrechte der DEZA stellt sich vor

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) organisiert ihre thematischen Kompetenzen seit der Reorganisation 2008 in Netzwerken, welche die Mitarbeitende aus den Koordinationsbüros und der Zentrale umfassen. Zu den Netzwerkaufgaben gehören die Qualitätssicherung, das Organisieren von Lernprozessen, das Knowledge Management sowie die Themenschärfung und -vertretung nach innen und aussen.

Das Netzwerk „Konflikt und Menschenrechte“ wurde im Juli 2010 lanciert. Interne Policy-Debatten ergaben, dass die DEZA in Zukunft vermehrt in konfliktiven und fragilen Situationen tätig sein wird. Das Ziel ist es, Leistungen wie Infrastruktur oder Bildung zugunsten vulnerabler Gruppen auch unter erschwerten Bedingungen zu garantieren sowie konfliktpräventiv zu wirken und zur Friedensentwicklung und nachhaltigen Staatsbildung beizutragen. Die Methoden des „Do no Harm“ und das konflikt-sensitive Programm-Management (KSPM) sind strategisch und operativ zentral. Spezifische Themen, die es zu bearbeiten gilt, sind bewaffnete Gewalt und Entwicklung, IDPs, der psychosoziale Ansatz, Landkonflikte sowie Sicherheit und Entwicklung, zum Beispiel durch Sicherheitssektorreform.

Die Menschenrechtsdimension soll als Querschnittsthema weiterhin eine bedeutende Rolle in allen Programmen der DEZA spielen, sowohl als thematischer Sektor, wie auch durch die Anwendung des menschenrechtsbasierten Ansatzes. Die Rechtsbasis ist ein wichtiges Fundament für die Internationale Zusammenarbeit, insbesondere in fragilen Kontexten, und ist deshalb in den Schwerpunktländern der DEZA ein zentrales Anliegen. Auch der Schutz von Zivilpersonen wird immer wichtiger.

Bisher fanden strategische Beratungen, zum Beispiel in Kirgistan, statt und je eine Veranstaltung zur UNO-Resolution „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und zur Arbeit von MenschenrechtsanwältInnen in Konfliktgebieten.

24.01.2011

Weitere Informationen:
DEZA [Markus Heiniger](#)
Berater Sektorpolitik
Konflikt und Menschenrechte

Schwerpunkte im Jahr 2011

Das Netzwerk will seinen Wirkungskreis 2011 gezielt ausbauen:

Lokale und regionale Erfahrungsaustausche und Weiterbildungen zum konflikt-sensitiven und menschenrechtsbasierten Ansatz sollen zur Qualitätssicherung beitragen. Im Juni findet in Jordanien ein weltweites „Face to Face“ Treffen statt. Parallel wird ein virtuelles Netzwerk – eine Webplattform mit Diskussionsgruppen – aufgebaut, das die Zusammenarbeit der Konflikt- und Menschenrechtsfachleute der DEZA-Koordinationsbüros sowie der Zentrale verbessert.

Geplant sind Anlässe mit den DEZA-Netzwerken zu Arbeit und Einkommen sowie Bildung in fragilen Situationen; ein regelmässiger Austausch mit der Politischen Abteilung IV „Menschliche Sicherheit“ des EDA, mit Fachpersonen von Schweizerischen NGOs sowie strategische Partnerschaften mit internationalen und Schweizerischen NGOs aus der Menschenrechts- und Friedensarbeit, Think Tanks sowie INGOs wie der UNO, der Weltbank und der OECD-DAC.

Links

- [EDA: Sudan](#)
- [swisspeace Sudan Plattform](#)

Der Beitrag der Schweiz zur Friedensförderung im Sudan und zum sudanesischen Postreferendumsprozess

Am 9. Januar 2005 unterzeichneten der Norden (National Congress Party NCP) und der Süden (Sudan People's Liberation Movement / Army SPLM/A) ein umfassendes Friedensabkommen (CPA), welches einen 22-jährigen Bürgerkrieg beendete. Ein Schweizer Mediator leistete hierbei wertvolle Dienste. Im CPA ist die Bestimmung enthalten, dass der Süden am 9. Januar 2011 in einem Referendum über eine mögliche Abspaltung vom Norden abstimmen kann. Die Bekanntgabe des offiziellen Resultats darf Mitte Februar 2011 erwartet werden.

Anfang November 2010 haben der Süd- und Nordsudan die Schweiz gebeten, technische und komparative Expertise zur Unterstützung der laufenden Post-Referendumsverhandlungen in den Bereichen „Aktiva und Passiva“ (assets and liabilities) und „Bankwesen und Währungsfragen“ (banking and currency) zu liefern. Die zwei Verhandlungsparteien erhielten Anfang November in Juba und Khartum entsprechende Unterstützung. Des Weiteren organisierte das Eidgenössische Department für auswärtigen Angelegenheiten (EDA) am 28. und 29. November 2010 einen technischen Folge-Workshop in Bern, woran Unterhändler des Südens sowie des Nordens gemeinsam teilnahmen. Die fünf bearbeiteten Themen waren: Währungs- und Zentralbankpolitik, Schuldenaufteilung und Entschuldung, Aufteilung des staatlichen Vermögens, Handelspolitik und -kooperation und die Aufteilung von Staatsarchiven. Dazu standen verschiedene externe ExpertInnen, SpezialistInnen der Schweizerischen Nationalbank, des Bundesarchivs sowie der Bundesverwaltung zur Verfügung. Kurz darauf wurde die Schweiz ein drittes Mal gebeten, Expertise in den folgenden Bereichen zu liefern: Schuldenaufteilung, Entschuldung und – falls der Süden sich vom Norden abspalten sollte – im Bereich